

Rede von Jochen Marquardt, DGB, auf der UmFAIRteilen-Kundgebung am 13. 4. 2013 in Bochum

Hallo Bochum!

Ich freue mich Euch und Sie ganz herzlich als Sprecher des Bochumer Bündnisses für Arbeit und soziale Gerechtigkeit und als Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes in dieser Region begrüßen zu können.

Nach den Ansprachen von Ulrich Schneider und Jutta Sundermann, nach den vielen Aktionen und kreativen Ideen beim Demomarsch und hier auf dem Platz bin ich sicher: Wir haben einen guten Anschluss an die Aktionen des vergangenen Jahres am 29. September gefunden und wir können und werden erfolgreich darauf setzen:

Heute ist für uns Startschuss für die Demonstration am 14. September 2013 in dieser Stadt.

Allen die in der Vorbereitung aktiv waren und am heutigen Tag dabei sind: Ein herzlicher Dank!

Es ist ein richtig guter Vorbereitungstag für eine machtvolle Veranstaltung im Ruhrgebiet mit einer unüberhörbaren und unübersehbaren Botschaft vor der Bundestagswahl:

UmFairTeilung ist angesagt.

UmFairteilung ist unumgänglich.

UmFairteilung ist auf der Tagesordnung

und UmFairteilung wird so lange auf der Tagesordnung bleiben bis es anders wird – weil es so wie es jetzt ist - nicht weitergehen darf!

Hier in Bochum zeichnen sich die Auswirkungen und Ungerechtigkeiten wie in einem Brennglas ab.

Hier in Bochum wurden wie anderenorts die Öffnungszeiten für die Bibliotheken eingeschränkt.

Soll das der Anreiz für unsere Kinder sein mehr zu lesen, Literatur und Kultur kennenzulernen?

Ist das die Perspektive für Aufklärung und demokratische Meinungsvielfalt?

Während darüber lamentiert wird, dass unsere Kinder nicht schwimmen können, werden in der gleichen Zeit die Preise für Schwimmbäder erhöht.

Während auf der einen Seite beklagt wird, dass unsere Kinder und Jugendlichen nicht genug Bildung erfahren, stecken unsere Schulen in einem Investitionsstau, werden notwendige Renovierungen verschoben und ausgesetzt.

Soll künftig ein Schulbesuch mit Helmpflicht eingeführt werden?

Fast 5.000 junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren leben in dieser Stadt in so genannten „Hartz IV“-Familien.

Das ist ein Skandal in einem reichen Land – das ist eine Herausforderung für die Stadt – das darf nicht die Perspektive sein.

Das wollen wir nicht hinnehmen – das werden wir nicht akzeptieren.

Und an all jene die das nicht Glauben: Im Kampf um Opel haben wir in dieser Stadt und in dieser Region -nicht zuletzt am 3.März.- schon mehr als einmal aufgezeigt:
Wir können Druck machen – und wir werden Druck machen – weil für uns Solidarität und Gerechtigkeit ganz eng miteinander verbunden sind!

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Teilnehmer

Politisch-Verantwortliche sind stetig unterwegs, um die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu beschreiben – unbenommen: der demografische Wandel wird dazu führen. Wieso dann aber im Wissen um diese Entwicklungen der Rückbau der Angebote für ältere Menschen vorgenommen wird, entzieht sich jeder verantwortungsbewussten und vernünftigen Logik.

Wir freuen uns darüber, dass Menschen heute länger leben als das früher war: aber wir wollen nicht einfach überleben, sondern wir wollen lange und gut leben!

Wir wissen um höhere Anforderungen für die Sicherung der Daseinsvorsorge und Daseinsversorgung. Und wenden uns auch deshalb gegen unverantwortlichen Personalabbau im Öffentlichen Dienst.

Das sind fatale Auswirkungen einer seit Jahren wirkenden Politik, die ihr Ende finden muss. In Bochum (und darüber hinaus, z.B. in Detroit) und überall!

Der Grund für diese Entwicklung liegt weder in unserer Stadt noch in anderen Städten. Er liegt in einer unsäglichen Politik des Neoliberalismus, die seit vielen Jahren mit Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung aufwartet und wie ein Mantra auf allen politischen Ebenen wirkt.

Dabei werden die Entwicklungen vermeintlich „hochtheoretisch“ über die Macht der Märkte erklärt und sind doch nichts anderes als Prozesse, die an religiösen Fanatismus erinnern. Die Marktgläubigkeit der letzten Jahrzehnte hat den Staat in Deutschland an den Rand seiner finanziellen Handlungsfähigkeit gebracht.

Er wurde von Staatsfeinden in Wirtschaft und Politik systematisch ausgeplündert.

Dazu kommt, dass es offensichtlich gelungen ist, die Marktgläubigkeit und die so genannte Alternativlosigkeit

als Dogmen bis tief in die politischen Verantwortlichkeiten unserer Gemeinden, Städte und ins Land zu implantieren.

Hinzu kommt noch eine Medienlandschaft, in der offenkundig nur noch wenige in der Lage sind ihre Berichterstattung durch journalistische Sorgfalt und Recherchezeiten zu unterstützen.

Während regelmäßig die Schuldenlagen im Lande dokumentiert werden bleiben die Vermögensentwicklungen in aller Regel ungeschrieben.

So können wir immer wieder lesen, dass die Schulden in Deutschland mittlerweile über 2 Billionen Euro liegen. Wo wird darüber geschrieben, dass das Vermögen mittlerweile 5 mal so hoch ist?

Wo wird darüber berichtet, dass es einfach so ist und so bleiben wird:

Allen Schulden stehen immer die entsprechenden Vermögen gegenüber.

Geld ist in Deutschland zwar mehr als genug vorhanden.

Es ist allerdings immer ungerechter verteilt.

Während die Einkommen der Mittelschicht stagnieren und die der unteren Einkommensbezieher gesunken sind, hat der Reichtum der obersten zehn Prozent unaufhörlich zugenommen.

Die reichsten zehn Prozent besitzen über die Hälfte des Gesamtvermögens in Deutschland. Während sich dieses Vermögen in den letzten fünf Jahren auf Kosten der Allgemeinheit verdoppelt hat, ist der deutsche Staat dagegen um 800 Milliarden ärmer geworden.

Es gilt nicht zuletzt die Begriffe zu klären: Nicht Sparen sondern Kürzen ist die richtige Formulierung.

Wir leiden nicht an einer Staatsschuldenkrise, sondern an einer politisch beschlossenen Finanzierungskrise des Staates.

Damit muss Schluss gemacht werden.

Die Kernaufgaben im Land und in unseren Städten und Gemeinden müssen wieder finanziell abgesichert werden.

Die Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt und rückgängig gemacht werden!

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Das werden wir zu einer Nagelprobe im Bundestagswahlkampf und in allen politischen Auseinandersetzungen machen.

Wir dürfen uns davon nicht abbringen lassen! Wir müssen und werden was tun! Heute, morgen und zukünftig.

Lasst uns das gemeinsam angehen – es gibt mehr als gute Gründe!

Wir wollen mehr Gerechtigkeit – wir fordern, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache.

Wir fordern bessere und faire Löhne, wir wollen eine gute Grundsicherung für alle – egal ob Jung und Alt! Egal ob Frau oder Mann!

Und damit es nicht in Vergessenheit gerät: Nach dem Beschluss zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer im Rat dieser Stadt ist es ruhig geworden – das ist nicht die Idee: Da muss mehr passieren, da erwarten wir in Bochum und in den vielen anderen Städten der Region mehr Dampf und Umsetzungswillen.

Wir fordern dies nicht aus Neid oder Missgunst, sondern aus wirtschaftspolitischer Vernunft und weil wir wissen, dass Demokratie stirbt, wenn demokratische Institutionen aufgrund von Haushaltslagen nichts mehr entscheiden können.

Wir lassen uns nicht länger hinter die Fichte führen: Wir wollen Zukunft und wir werden für gute Arbeit, gute Bildung und ein gutes Leben in einer gerechteren Welt kämpfen.

Unter anderem hier in Bochum – in unserer Stadt, in unseren Stadtteilen und Betrieben – aber auch im Land und Bund!

Heute ist eine weitere Zwischenetappe – lasst gemeinsam weiter machen!

Ich lade alle herzlich dazu ein den 1.Mai - dem Tag der Gewerkschaften zu einen nächsten Termin für eine gerechtere Verteilung und einen handlungsfähigen Staat zu machen.

Danke.